

Msgr. Ryan protestierte gegen jede Phase dieser Reaktion, besonders gegen die sogenannte „Jagd auf die Roten“, auf das heftigste, die seiner Meinung nach vor allem angestellt wurde, um alle Menschen, die sich für die Wirtschaftsreform einsetzten, zu diskreditieren. Die Hauptsünde dieser 20er Jahre sah er im widerspruchslosen Hinnehmen des Industrie feudalismus und in der Verweigerung dessen, was er „die positive wirtschaftliche Freiheit“ nannte, d. h. die Freiheit, die zu der negativen wirtschaftlichen Freiheit konkrete und wirksame Gelegenheiten hinzufügt. Scharf bekämpfte er die Begünstigung des „big business“ durch die Republikaner; noch schärfere Kritik übte er an der Rechtsprechung, wozu ihm etwa Rechtsentscheidungen, die die Koalitionsfreiheit der Arbeiter und die Mindestlöhne für Frauen und Jugendliche beschränkten, reichlich Anlaß gaben. Er war sich auch, ehe die amerikanische Geschichtsschreibung diese Tatsache historisch-kritisch herausgearbeitet hatte, darüber im klaren, daß die amerikanische Verfassung die Tendenz zur Überbewertung des unbeschränkten Verfügungsrechts über das private Eigentum in sich enthielt. Die Hauptgefahr für seine „positive wirtschaftliche Freiheit“ sah er darin, daß die Gerichte bestimmte Verfassungsklauseln im Sinne einer utilitaristischen Philosophie und Sozialethik interpretierten, d. h. aus ihnen die Freiheit jedes einzelnen herauslasen, zu tun, was ihm einfiel, solange er die abstrakte gesetzliche Freiheit der andern, dasselbe zu tun, nicht hinderte. Das Bündnis zwischen den Gerichten und dem amerikanischen Konservatismus schien ihm so verhängnisvoll, daß er eine Ergänzung zur Verfassung empfahl, die den Kongreß zur Gesetzgebung auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet berechtigen sollte.

Die konservativen Katholiken, besonders katholische Geschäftsleute, wehrten sich gegen Ryans unnachgiebige Kritik an der bestehenden Ordnung. Aber Ryan behauptete sich, und als die wirtschaftliche Depression nach 1929 zunahm und nachdem Papst Pius XI. im Jahre 1931 die Enzyklika „Quadragesimo anno“ herausgegeben und zwei Jahre später Ryan eine hohe kirchliche Würde verliehen hatte, wurde seine Stellung unangreifbar. Er herrschte jetzt auf seinem Gebiet als unbestrittene Autorität. Tatsächlich war er jetzt durch den Umfang seiner wissenschaftlichen Kenntnisse, durch seine Charakterveranlagung und vor allem durch seine unbeugsame Entschlossenheit auf das Beste ausgerüstet für die Arbeit, die ihm noch bevorstand, nämlich die Verteidigung und den Ausbau der Roosevelt'schen Politik des „New Deal“.

Schon 1928 hatte er mit größtem Nachdruck die Behauptung aufgestellt, daß die Gründe der Arbeitslosigkeit in der allgemeinen Überproduktion und dem allgemeinen Unterverbrauch lägen und daß nur drastische Maßnahmen zur Hebung der Kaufkraft der Massen das Übel heilen könnten. Die wissenschaftliche Begründung seiner Ansichten gab er in seinem Buch „A Better Economic Order“ (New York, 1935), das einen außerordentlich großen Einfluß auf die Politik

Roosevelts und seiner Helfer ausübte. Dieser sein Einfluß wurde noch durch das allgemeine Vertrauen verstärkt, das er besaß, so daß man ihm in jener Epoche der aufsteigenden Diktaturen glaubte, daß die von ihm vorgeschlagenen Reformen mit der Demokratie und der Freiheit zu vereinbaren seien. Ryan verkündete mit dem ganzen Nachdruck seiner Persönlichkeit die Hauptsätze des „New Deal“, nämlich größere Einkommen für die Arbeiter und die Bauern, geringere Zinssätze und einen geringeren Anteil der Kapitalisten am nationalen Einkommen. Auch bei der Präsidentenwahl von 1936 trat er ganz freimütig als Parteigänger Roosevelts auf. Seine berühmte Radioansprache „Roosevelt schützt Amerika“ trug entscheidend dazu bei, die Vorwürfe gegen die Roosevelt-Politik, sie sei von den Kommunisten beeinflusst, geführt und beraten, zu entkräften. In dieser Ansprache wandte er sich auch nachdrücklich gegen den bekannten Radioredner Pater Coughlin, von dem er behauptete, daß seine Erklärung der wirtschaftlichen Schäden mindestens zu 50 Prozent, seine vorgeschlagenen Maßnahmen auf monetärem Gebiet zu 90 Prozent falsch seien.

Schon dieser kurze historische Überblick über Ryans Leben und Wirksamkeit zeigt den großen Einfluß, den er während fast eines halben Jahrhunderts amerikanischer Geschichte auf die Entwicklung des wirtschaftlichen, sozialen und religiösen Lebens in Amerika ausgeübt hat. Trotzdem war er nicht in erster Linie Politiker, sondern Priester. Er hat schon früh eingesehen, daß er das Evangelium den Christen am besten verkünden und auslegen könnte, wenn er sich auf jenen Teil der Verkündigung konzentrierte, der sich mit den sozialen und wirtschaftlichen Beziehungen der Menschen untereinander befaßt, und dieser Wunsch, sich zu spezialisieren, wurde noch dadurch bestärkt, daß er sah, wie wenig Priester in diesem Teile des Weinbergs arbeiteten. Gerade weil er gründlicher wissenschaftlicher Spezialist war, konnte er mit solcher Autorität sprechen und seinen großen heilsamen Einfluß ausüben.

Die Christlich-Soziale Partei in Belgien

Die Christlich-Soziale Partei Belgiens, auf die bei den Wahlen vom 17. 2. 46 42 Prozent sämtlicher Stimmen entfielen, ist an die Stelle der früheren katholischen Partei getreten. Es handelt sich indes nicht um eine einfache Namensänderung, vielmehr um eine neue Partei mit neuem Programm, neuen Arbeitsmethoden und neuer Organisation. Schon die Zusammensetzung der Fraktion weist darauf hin: von 92 Mitgliedern sind 65 neue Abgeordnete aus den Jugendorganisationen hervorgegangen. Die junge, aus der Katholischen Aktion hervorgegangene Generation lehnt eine Partei ab, die, obgleich sie nicht als konfessionell gelten will, dennoch den Anspruch erhebt, alle gläubigen Katholiken auf ein bestimmtes politisches Programm festzulegen, sie will reinliche Scheidung der beiden Gebiete. Das Neue der Christlich-Sozialen Partei wird durch

einen Rückblick auf ihre Vorgängerin, die Katholische Partei, ganz deutlich.

Die Katholische Partei bis 1939

Die Anfänge der Katholischen Partei reichen zurück in die Zeit, als die katholischen Niederlande noch von den spanischen Habsburgern regiert wurden. Sie war als Gegenpartei gegen die sogenannte „Laienpartei“ gegründet worden; diese hatte sich, im Banne der damals herrschenden philosophisch-politischen Ideen, aus der kleinen Schicht von Intellektuellen aus dem höheren Beamtenstand, der Finanz und dem Handel gebildet. Die Freiheits- und Unabhängigkeitsbewegung von 1789 scheiterte daran, daß sich die beiden Parteien über die dem neuen Staate zu gebende Form nicht einigen konnten. Als auf dem Wiener Kongreß die Nord- und Südstaaten unter dem Zepter Wilhelms I. vereinigt worden waren, gab indes der König selbst den Anlaß zu einem Bündnis der beiden Parteien, indem er zuerst durch sein Vorgehen in der Schulfrage die Katholiken in scharfe Opposition, dann die Liberalen durch Knebelung der Presse in Harnisch brachte und damit den Erfolg der Revolution von 1830 sicherte.

Die Einigkeit dauerte jedoch nur bis zur Konstituierung des neuen Staates. Als sich die außenpolitische Lage gefestigt hatte, kam es bei der Behandlung der innerpolitischen Probleme zu einer neuen Spaltung. Der Burgfriede wurde von den Liberalen gebrochen, die sich 1846 auf dem Kongreß in Brüssel als Liberale Partei konstituierten.

Erst viel später — 1863 — in Mecheln organisierten sich auch die Katholiken, und zwar anfangs als „*Konstitutionelle und Konservative Vereinigung*“ zur Wahrung der verfassungsmäßigen Freiheiten: Gewissens-, Kultus-, Presse-, Versammlungs- und Unterrichtsfreiheit. Die Bezeichnung „Katholisch“ tritt erst viel später auf, als zwischen dem konservativen und dem demokratischen Flügel Unstimmigkeiten ausbrachen. Sie sollte weniger eine kirchlich-konfessionelle Bindung, als vielmehr das einigende Band zwischen den beiden Flügeln bezeichnen. Jedoch gab die in dieser Haltung enthaltene Unklarheit Anlaß zu mannigfachen Verwirrungen.

Das Auftreten der *Sozialdemokratie* — 1885 — brachte eine vollständige Umwälzung hervor. Während die ländlichen Wähler der Katholischen Partei die Treue hielten, strömten die Industriearbeiter und das städtische Proletariat in Massen der Arbeiterpartei zu, für die Liberalen stimmten vor allem das städtische Bürgertum und die Finanz. Die letzteren wurden allmählich zwischen den beiden andern zerrieben, doch bleibt ihr Einfluß immer noch unverhältnismäßig hoch, weil sie das Zünglein an der Waage bildeten. Das nützte öfters der antiklerikale linke Flügel aus, um Kartelle mit den Sozialisten zur Schwächung der Katholiken zu bilden.

Die Führer der Katholischen Partei — selbst zu tief im Wirtschaftsliberalismus befangen und vom Kampf um die Schule und die Unterstützungsvereine zu sehr in Anspruch genommen — erkannten zu spät oder über-

haupt nicht die Entwicklung, die sich anbahnte; die Notwendigkeit einer staatlichen Regelung des Verhältnisses von Kapital und Arbeit wird nicht rechtzeitig erkannt; sie lassen sich von den Sozialisten überflügeln. Peinlich berühren, trotz *Rerum novarum*, die ersten Schritte der christlichen Demokratie; die Gründer der demokratischen Liga werden gleicherweise von den Sozialisten und den katholischen Konservativen bekämpft, triumphieren schließlich doch, weil sie unerschütterlich glauben, weil sie Mut, Beharrlichkeit und die bessere Organisation haben.

Zu Beginn des Krieges war die Partei auf föderativer Grundlage organisiert: Der katholische Block (flämische und französische Sektion) umfaßte je vier Verbände:

Verband der katholischen Vereine und Klubs (konservativ).

Liga der christlichen Arbeiter (christlich-demokratisch),
Verband des christlichen Mittelstandes,

Die Landwirtschaftsverbände.

Jedes Verbandsmitglied war ipso facto Parteimitglied. Individueller Beitritt war ausgeschlossen. Die parlamentarische Vertretung folgte nur ungern den Richtlinien der Partei, widerstand ihr sogar manchmal.

Die neue Christlich-Soziale Partei

Die Christlich-Soziale Partei ist eine neue, nicht konfessionelle Einheitspartei. *Sozial*: Sie will die Gesellschaft wieder aufbauen helfen, indem sie den natürlichen Rahmen, in dem sich die menschliche Person entfalten soll — Familie, Beruf, Gemeinschaft — wieder herstellt oder schützt. *Christlich*: Sie stützt sich auf die menschlichen Werte, die die Grundlage der westlichen Zivilisation bilden; geschichtlich betrachtet hat diese das Christentum gebracht, heute bilden sie das Allgemeingut aller, sowohl der Gläubigen wie der Ungläubigen. *Einheitspartei*: Sie verzichtet auf die föderative Organisation der Katholischen Partei und verlangt Einzelbeitritt. *Nicht konfessionell*: Sie nimmt in ihre Reihen auch Liberale auf. Als *neue und junge Partei* wird sie von der Masse der Jungen, die sich bisher von der Politik abgewendet hatten, enthusiastisch unterstützt, besonders von der Bewegung der „Ablösung“, „La Rèlève“, die sich ihr aber nicht angeschlossen hat: tätig, unternehmungslustig, wagemutig, erfreut sie sich großer Sympathien unter dem Volke.

Den auffallenden Wahlerfolg versuchen die Gegner der Unterstützung durch die früheren Rexisten und die flämischen Nationalisten zuzuschreiben, indes waren diese beiden Parteien von der Wahl ausgeschlossen. In Wirklichkeit haben viele Liberale, erschreckt durch das geheime Zusammengehen ihrer Partei mit der äußersten Linken, nicht nur in der Königsfrage, sondern auch in Wirtschaftsfragen, in begreiflichem Abwehrreflex die christlich-soziale Liste gewählt. Das bedeutet natürlich eine Gefahr für die Christlich-Soziale Partei.

Die Christlich-Soziale Partei präsentiert ein mutiges Programm: Beamten- und Arbeiterausschüsse, Gewinnbeteiligung der Beamten und Arbeiter, Reform der anonymen Gesellschaften, paritätische Berufskommissionen,

Berufsräte, paritätische Verwaltung der sozialen Versicherungen, Verbesserung der Arbeitstarife, Lehrlingsgesetz, Berufsberatung und Ausbildung, öffentliche Gesundheitspflege, Arbeitslosenversicherung.

Sie lehnt sowohl den Marxismus wie auch den wirtschaftlichen Liberalismus ab, unterstützt die Privatinitiative, verlangt aber auch vom Staate Beteiligung und Förderung der nationalen Wirtschaft, verteidigt das Privateigentum, das sich aber seiner sozialen Pflichten bewußt sein muß. Es bleibt abzuwarten, ob sich hierbei der Einfluß ihrer liberalen Wähler nicht hemmend bemerkbar machen wird; ebenso, ob die alten Konservativen, die vielfach durch jüngere Elemente ersetzt worden sind, nicht auf Umwegen ihre Revanche nehmen werden. Die jüngeren sehen klar, daß die Zukunft der Partei davon abhängt, ob sie die soziale Wirklichkeit unserer Zeit ernst nimmt und sich ihr nicht verschließt.

„Wir stehen“, so sagt ihre Zeitung „La Relève“, „vor einer sozialen Umwälzung von unerhörten Ausmaßen. Wenn wir nicht von ihr hinweggefegt werden wollen, müssen wir aktiv daran teilnehmen und zwar nicht aus einem naiven Machiavellismus, um uns gegen ein Risiko zu sichern, sondern weil Gerechtigkeit und Nächstenliebe es fordern. Gute Worte und altväterliche Ermahnungen genügen nicht: es gilt die Verwirklichung der sozialen Forderungen: Abschaffung des Proletariats, Ersatz der Bourgeois-Zivilisation und Geldherrschaft durch eine Herrschaft der Arbeit. Hier muß die Christlich-Soziale Partei einen klaren Standpunkt einnehmen, wenn sie nicht als versteckte Reaktion gebrandmarkt werden will. Ob in der Opposition, ob als Regierungspartei, es wird von ihr aktives Vorgehen und Initiative verlangt. Das wird der Prüfstein für sie sein.“

Versuch eines neuen Gemeinschaftslebens der Arbeit: die „Communauté Marcel Barbu“ bei Valence

In der Nähe von Valence in Frankreich ist in einer kleinen Fabrik ein äußerst origineller Versuch zu einem neuen sozialen Leben seit ungefähr zehn Jahren in die Tat umgesetzt worden. Der Betrieb stellt Uhrengehäuse her und beschäftigt etwa 130 Leute. Sein Gründer und der Schöpfer der ganzen Idee, Marcel Barbu, hat sich selber unter schweren Bedingungen aus den einfachsten Anfängen heraufgearbeitet.

Auf den ersten Blick scheint die „Gemeinschaft Barbu“ eine Art von auf menschlicher Kameradschaft beruhendem Betriebskommunismus zu sein. Die Gewinne werden unter die Belegschaft verteilt, und zwar nach Punkten, die die Einzelnen nicht nur für gute Arbeit, sondern auch für ihre menschlichen Qualitäten erhalten! Ihr Wert für die Gemeinschaft besteht sowohl aus ihrem Fachkönnen — das selbstverständlich die erste Voraussetzung ist — und ihrem kameradschaftlichen Verhalten, als auch aus dem, was sie sonst noch können und wissen. Wer ein Musikinstrument spielt, wer etwas weiß und gelesen

hat, wer seinen Gefährten etwas beibringen oder sie erheitern und bilden kann, der hat Extrapunkte auf seiner Lohnliste aufzuweisen.

Das eigentlich Originelle, Wesentliche und sehr Beachtenswerte bei der Organisation der „Communauté Barbu“ ist aber, daß der Arbeiter mit seiner ganzen Familie der Gemeinschaft angehört und seine Familie ebenfalls in die Punktbewertung mit einbezogen ist. Die „Leistung“ seiner Angehörigen wird ihm bei der Lohnverteilung angerechnet. Was die Frau am Herd, der Junge in der Schule tut, das alles gilt als Wert. Bei den wöchentlichen und monatlichen Zusammenkünften und Veranstaltungen gehören die Familien mit dazu. Familie und Arbeit sind dadurch aufs engste und lebendigste verbunden. Während das Leben des arbeitenden Menschen sich heute meistens so abspielt, daß hier die Welt seiner Arbeit, dort die seiner Familie ist, die ohne irgendwelche Verbindung miteinander bestehen, wodurch das Leben etwas Unorganisches bekommt, das der Entwicklung der gesamten menschlichen Persönlichkeit nur nachteilig sein kann, bindet die „Gemeinschaft Barbu“ diese beiden Lebenssphären wieder in eine zusammen.

Für jedes Mitglied der Gemeinschaft ist eine „Mindestmoral“ verbindlich, die allerdings unterhalb der christlichen Moral liegt. Die Gemeinschaft verlangt von ihren Mitgliedern, daß sie irgendeinem Bekenntnis angehören, sei es einem religiösen oder einem weltanschaulichen; gleichgültig gegen die letzten Fragen des menschlichen Lebens darf keiner sein. Die Gemeinschaft — mit Frauen und Kindern etwa 270 an der Zahl — setzt sich aus etwa 70 „Materialisten“, 60 „Humanisten“, 100 Katholiken (wovon die meisten aber Kinder sind) und 40 Protestanten zusammen. Marcel Barbu selber ist gläubiger Katholik. Alle diese Leute sprechen sich über ihre Anschauungen frei und kameradschaftlich miteinander aus. Der Ton ist rauh, wie es dem Milieu entspricht, aber ehrlich und menschlich. Jeder ist verpflichtet, die Anschauungen des andern zu achten. Gibt es Streitigkeiten, so urteilt eine Jury über den Schuldigen, doch nicht, ohne daß dieser selber dem Urteil zustimmen muß, damit es Gültigkeit erhält.

Dem Betrieb gehört auch ein Bauernhof in der Nähe, auf dem jedes Mitglied acht Tage im Monat arbeiten muß zum Ausgleich gegenüber der einseitigen Berufsarbeit. Ausbildungsstunden in allen möglichen Bildungsfächern gehören mit in die wöchentliche Arbeitszeit, ohne daß die Leistung des Betriebs darunter litte. Es läßt sich natürlich nicht auf engem Raum schildern, wie diese Organisation funktioniert. Aber sie hat sich schon in Zeiten schwerer Prüfung bewährt. Während des Krieges stand die Gemeinschaft erklärtermaßen gegen die Vichy-Regierung und war entschlossen, kein einziges ihrer Mitglieder an den Arbeitsdienst abzugeben, den die deutsche Besatzungsmacht eingerichtet hatte. Im Winter 1942/43 wurde der Betrieb von den Deutschen geschlossen. Die gesamte Belegschaft ging „in den Maquis“, d. h. in diesem Falle, sie zogen auf ihren Bauernhof und improvisierten dort einen vor-